

Ukraine:

„Den Gesprächsfaden erhalten“

Dr. Fritz Felgentreu: Dauerhafter Frieden in Europa ist ohne Russland nicht möglich

Seit Ende 2013 befindet sich die Ukraine in einer Staatskrise, die mit zunächst friedlichen, später gewalttätigen Protesten gegen die Regierungspolitik gegenüber Russland und der EU begann und sich mit dem Sturz der Regierung fortsetzte. Ihm folgten die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und gegenwärtig der unerklärte Krieg des ukrainischen Staates gegen von Russland unterstützte, so genannte Separatisten in der Donbass-Region (Ost-Ukraine).

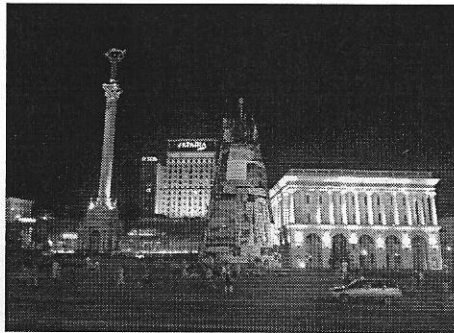
In der AG Sicherheit und Verteidigung der SPD-Bundestagsfraktion bin ich der für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion zuständige Berichterstatter. Deshalb wollte ich mir ein eigenes Bild von der politischen Lage und den Einschätzungen und Strategien der politisch Verantwortlichen in Kiew machen und verbrachte zwei Tage mit Gesprächen vor Ort. Organisatorisch begleitet wurde die Reise durch die Deutsche Botschaft in Kiew und die Friedrich-Ebert-Stiftung.

In Kiew fiel mir zunächst auf, dass der innere Konflikt des Landes weniger sichtbar geworden ist. Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine haben stattgefunden und die Majdan-Bewegung hat ihre Zelte inzwischen abgebrochen. Patriotische Transparente konzentrieren sich auf den Konflikt in der Ost-Ukraine. Ein sommerlich entspanntes Nachtleben kommt in der Innenstadt wieder zu seinem Recht. Auf der Straße wird dabei fast genauso viel Russisch wie Ukrainisch gesprochen. Mir selbst begegneten die Menschen, wenn ich Russisch sprach, überall mit freundlicher Selbstverständlichkeit.

RECHTER SEKTOR BEI 2 PROZENT

Die Präsidentschaftswahlen am 25. Mai waren von großer Bedeutung, weil durch sie die neue Führung demokratisch legitimiert wurde. Die Wahlen haben gezeigt: Das Land war trotz des anhaltenden Konflikts dazu fähig faire und freie Wahlen durchzuführen, aus denen Petro Poroschenko mit einem eindeutigen Regierungsauftrag als Präsident hervorgegangen ist. Darüber hinaus brachten sie die gute Nachricht, dass die Kandidaten der rechtsnationalen „Swoboda“-Partei sowie des extremistischen „Rechten Sektors“ weniger als 2% erhalten haben. Dass die ukrainischen Wählerinnen und Wähler diesen Kandidaten ihre Stimme verweigert haben, war ein wichtiges Signal.

In Kiew hat die Deutsche Botschaft Kiew



Kiew im August: Der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu machte sich ein Bild von der Situation in der Ukraine.

für meinen Besuch verschiedene Gespräche organisiert, unter anderem mit Vertretern aus Regierung, Parlament, Wissenschaft und Stadtverwaltung, sowie einem bloggenden Sicherheitsexperten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew brachte mich außerdem mit engagierten jungen Leuten aus Kiew und Vertretern von NGOs zusammen, wo klar zu spüren war: Mit dieser neuen Generation wächst Europa.

Beeindruckend war dabei, dass es in Kiew einen großen Meinungspluralismus über den Konflikt im Osten und die Zukunft der Ukraine gibt. Im Hinblick auf die Notwendigkeit und den Zeitpunkt von Neuwahlen für das Parlament ergab sich eine große Spannweite von Positionen. Es herrscht weitgehend Konsens über das gesellschaftliche Bedürfnis nach Neuwahlen, aber auch darüber, dass die Durchführung viele Schwierigkeiten mit sich bringt: die Gefahr eines Erstarkens der populistischen Radikalen Partei, die ungeklärte Reform des Wahlgesetzes und die Probleme der Vertretung umkämpfter Landesteile.

In zehn Gesprächsrunden mit sehr unterschiedlichen Blickwinkeln wurde mir immer klarer, wie sehr die weitere Entwicklung des Konflikts in der Ukraine von Entscheidungen abhängt, die nicht dort, sondern in Moskau fallen. Die Separatisten in der Ost-Ukraine erhalten ihre materielle und z. T. auch personelle Unterstützung aus Russland. Daher lässt sich eine langfristige Befriedung nur mit Russland erreichen.

DIE ROLLE DEUTSCHLANDS

Die deutsche Außenpolitik setzt sich für Gewaltverzicht, Dialog und Kooperation in Europa und der Welt ein. Diese Haltung angesichts der wachsenden Aggressivität in der Ukraine aufzugeben kann nicht der richtige Weg sein. Deutschland setzt sich daher mit allen diplomatischen Mitteln für ein Ende der Gewalt in der Ukraine-Krise

ein und hilft eine politische Lösung zu suchen. Dazu gehört aber auch, Russland klar zu machen, dass wir eine Politik, die darauf abzielt, mit Gewalt neue Grenzen zu ziehen oder Einflusszonen zu sichern, nicht akzeptieren können.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat deshalb die Auslieferung eines Gefechtszentrums an Russland gestoppt. Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat recht, wenn er - im Hinblick auf die Sanktionen der EU - feststellt, dass wirtschaftliche Überlegungen nicht vor politische gestellt werden dürfen, wenn es um die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens in Europa geht. Die Gesprächskanäle für Diplomatie und Dialog müssen aber trotz Sanktionen immer offen bleiben. Eine dauerhafte Friedensordnung gibt es nur, wenn es gelingt, Russland davon zu überzeugen, dass der Versuch, die Ukraine langfristig zu spalten, keine Zukunft hat.

Die Ukraine wird auf Dauer ein Teil der europäischen Völkerfamilie bleiben. Gerade der Konflikt mit Russland lässt rasch eine gemeinsame Identität wachsen - übrigens unabhängig von der Muttersprache der Menschen. Zu den diplomatischen Mitteln Deutschlands gehört deshalb auch, die Ukraine bei den notwendigen inneren Reformen auf dem Weg zu Rechtsstaatlichkeit und Good Governance zu begleiten. Nur eine stabile Ukraine mit einer Verfassung, die dem Schutz der Rechte aller Bürger verpflichtet ist, kann ihren unverzichtbaren Beitrag zu einer neuen Friedensordnung leisten.

Am 26. August sind Präsident Putin und Präsident Poroschenko in Minsk zum ersten Gespräch seit drei Monaten zusammen gekommen und haben sich angeblich auf einen Friedensplan verständigt. Das lässt hoffen. Eine Feuerpause in der Ost-Ukraine ist jedoch noch nicht in Sicht - im Gegenteil: Durch die gegenwärtige Offensive der Separatisten nehmen die Kampfhandlungen an Härte weiter zu.

Fazit: Nach dem Besuch in Kiew steht für mich eine Sache fest. Wir müssen Russland davon überzeugen, dass es die territoriale Integrität der Ukraine wieder respektieren muss. Es ist aber auch völlig richtig, dass Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei aller berechtigten Kritik am Verhalten Russlands den Gesprächsfaden zu seinem russischen Kollegen Lawrow nicht abreißen lässt. Denn gerade die heutigen Gegensätze zwischen der EU und Russland zeigen: Ein dauerhafter Frieden in Europa ist ohne Russland nicht möglich.

Dr. Fritz Felgentreu □